

08.08.2013 - 19:41 Uhr

Leitartikel von Christine Richter über den geplanten Streik der Lehrer an den Schulen in der Hauptstadt.*Berlin (ots) -*

Sie wollen es tatsächlich tun: Die angestellten Lehrer werden am 21. und 22. August an den Berliner Schulen die Arbeit niederlegen. So kurz nach den Sommerferien und ganztägig, so hat es die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), in der sich die angestellten Lehrer organisieren, beschlossen. Ihr Ziel ist es, den Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos, für die SPD) zu Tarifverhandlungen zu zwingen - und in diesen dann mehr Lohn durchzusetzen.

Diese Rechnung, so kann man nur hoffen, wird nicht aufgehen. Aus mehreren Gründen. So verdienen die angestellten Lehrer in Berlin schon deutlich mehr als ihre Kollegen in anderen Bundesländern. Sie bekommen beim Berufseinstieg das für ihre Ausbildung höchstmögliche Gehalt - ein Grundschullehrer rund 4100 Euro brutto, ein Gymnasiallehrer sogar rund 4600 Euro brutto. Das ist viel Geld für einen Berufsanfänger, aber es ist auch viel Geld für ein Land Berlin, das noch immer 63 Milliarden Euro Schulden mit sich herumschleppt. Der Senat hatte diese hohen Einstiegsgehälter jedoch vor einiger Zeit beschlossen, um eine Abwanderung der Lehrkräfte in andere Bundesländer zu verhindern - was damals völlig richtig war und bis heute auch ist.

Doch jetzt wollen die Lehrer den Senat, in erster Linie den Finanzsenator, mit einem Streik erpressen. Das ist der falsche Weg, denn weitere Lohnerhöhungen oder etwa auch Arbeitszeitermäßigungen gehören in Tarifverhandlungen. Die aber werden von der Tarifgemeinschaft der Länder geführt, nicht vom Land Berlin selbst, seit es wieder Mitglied in der Tarifgemeinschaft geworden ist. Daran muss sich Nußbaum halten, daran müssten sich auch die GEW und die Lehrer halten. Und wie man Nußbaum kennt, wird er an dieser Stelle keinen Zentimeter zurückweichen - und hat richtigerweise die volle Unterstützung von Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) und des gesamten Senats.

Der geplante zweitägige Warnstreik geht deshalb zulasten der Kinder und Jugendlichen. Und ihrer Familien, denn die müssen an zwei Tagen eine Betreuung organisieren, sollten die Lehrer tatsächlich die Arbeit für zwei volle Tage niederlegen. Mit Streiks wird die Arbeit in den Grund- und Sekundarschulen, in den Gymnasien gleich zu Beginn des Schuljahres wieder gestört und unnötige Unruhe an die Berliner Schulen gebracht. Zumal es angesichts der diversen Studien über die Leistungen der Berliner Schüler ja nicht so ist, dass getrost zwei Tage lang der Unterricht ausfallen kann. Das Gegenteil ist richtig: Die Kinder und Jugendlichen müssen noch mehr lernen, noch besser unterrichtet, noch intensiver gefördert werden.

Wer meint, dass die Lehrer in Berlin mehr Geld verdienen müssen, dass sie ihren verbeamteten Kollegen gleichgestellt werden sollten, der muss auf die Tarifverhandlungen vertrauen. Dort können all die Fragen über angemessene Bezahlung, Arbeitszeiten oder auch über attraktive Alterszeitmodelle diskutiert werden. Durch die geplanten Warnstreiks schaden die Berliner Lehrer den Schulen - und sich selbst.

Kontakt:

BERLINER MORGENPOST

Telefon: 030/2591-73650

bmcvd@axelspringer.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100050382/100742057> abgerufen werden.